

Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben gemäß Datenschutz-Grundverordnung

Seit dem 25. Mai 2018 sind europaweit die Regelungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) anzuwenden. Die nachfolgenden Informationen geben Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und Ihre Rechte, die sich aus den Datenschutzregelungen ergeben. Wir kommen unseren Informationspflichten gem. Art. 12 ff DSGVO mit dieser Mitteilung nach, um eine faire und transparente Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu gewährleisten (Art. 12 Abs. 2 DSGVO).

Wer ist verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?	
Verantwortlich ist: Amt Hohe Elbgeest Der Amtsdirektor Christa-Höppner-Platz 1, 21521 Dassendorf Tel.: 04104/990-0 E-Mail: hauptamt@amt-hohe-elbgeest.de	Datenschutzbeauftragter ist: Gemeinsamer Datenschutzbeauftragter Kreis Herzogtum Lauenburg Barlachstraße 2, 23909 Ratzeburg Tel: 04541/888-480 E-Mail: Datenschutz@kreis-rz.de
Ordnung- und Sozialamt ➤ Meldeamt	
Zu welchem Zweck und auf welcher Rechtsgrundlage verarbeiten wir Ihre Daten?	
a) Zweck der Datenverarbeitung Erfüllungen der Aufgaben gem. § 2 i.V.m. § 6 Bundesmeldegesetz Bearbeitung aller Angelegenheiten im Pass- und Meldewesen.	
b) Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe 1 c) und e) DSGVO in Verbindung mit § 3 Landesdatenschutzgesetz Schleswig-Holstein. Darüber hinaus geltend die spezialgesetzlichen Regelungen des Bundesmeldegesetzes, Passgesetzes und des Personenstandsgesetzes.	
Welche Daten verarbeiten wir?	
Es werden alle Daten gem. § 3 Bundesmeldegesetz erfasst und gespeichert.	
Wer erhält Ihre Daten?	
Es werden automatisch bzw. auf berechtigte Anfragen bestimmte gespeicherte Daten an Dritte (z.B. andere Behörden oder einzelne Privatpersonen) übermittelt. Diese sind gem. Abschnitt 5 des Bundesmeldegesetzes in den §§ 33 ff geregelt. Eine Übermittlung Ihrer Daten an ein Drittland oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.	
Wie lange werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert?	
Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist von 50 Jahren gemäß § 13 Bundesmeldegesetz für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Spätestens nach Ablauf dieser Fristen/Kriterien werden Ihre personenbezogenen Daten gelöscht, außer die Verarbeitung unterliegt zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken, historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken (Art. 89 DSGVO und § 6 LDSG).	

Welche Betroffenenrechte haben Sie?

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Auskunftsrecht - Art. 15 DSGVO).
- Wenn Sie in die Verarbeitung durch eine Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt. (Widerrufsrecht bei Einwilligung – Art. 7 DSGVO)
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Recht auf Berichtigung - Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Recht auf Löschung - Art. 17 DSGVO).
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung in bestimmten Fällen z.B., wenn durch eine Melderegisterauskunft eine Gefahr für Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit oder ähnliche schutzwürdige Interessen erwachsen kann – Art 18 ff. DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Recht auf Datenübertragbarkeit - Art. 20 DSGVO).
- Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Sie haben gem. Art. 77 DSGVO das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

ULD - Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz in Schleswig-Holstein
Holstenstraße 98, 24103 Kiel
Tel.: 0431/988-1200
E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de